

Klaus Hartmann

Russland: „Imperialistisches Land“ oder Widerpart des Imperialismus?

Ich beginne mit einem Zitat, von unserem Freidenker-Beiratsmitglied, dem Schriftsteller André Müller sen., den eine lebenslange enge Freundschaft mit Peter Hacks verband. In seinen 2008 im Eulenspiegel-Verlag erschienenen „Gesprächen mit Hacks“ berichtet Müller vom Mai 2000:

„Irgendwann kommen wir auf die Russen zu sprechen. Ich sagte, das Höchste, was man unter den obwaltenden Umständen verlangen könne, sei, dass die begonnene Balkanisierung der früheren Sowjetunion nicht weitergetrieben und gestoppt, und dass das Land als Großmacht erhalten werde. Als ich sage, der Westen führe den Kampf gegen die Russen mit der gleichen Heftigkeit, mit der er den Kampf gegen den Kommunismus geführt habe, sagt Hacks: ‚Es gibt einfach noch zuviel sozialistische Tradition in dem Land, und es bleibt für den Imperialismus immer die gefahrvollste Stelle für einen Rückfall, oder einfach auch nur die Gefahr eines Rückfalls in eine antiamerikanische Politik, alleine durch die Möglichkeit einer wirtschaftlichen und militärischen Erstarkung. Deshalb die Fortdauer der Hetze gegen die >undemokratischen Zustände<. Du hast es schon gesagt, zufrieden ist der Imperialismus erst dann, wenn das Land vollkommen balkanisiert und zerstückelt wird, eben wie Jugoslawien‘.¹

Hilflos gegenüber der NATO-Propaganda?

Im Konflikt um die Ukraine bzw. im Verhältnis zu Russland erleben wir wieder, was sich seit längerer Zeit in Teilen der Friedensbewegung eingebürgert hat. Von Milosevic angefangen bis Gaddafi und Assad – immer das gleiche Lied: vor einer Verurteilung der US-/NATO-Aggressionen erstmal gründlich vom Angegriffenen distanzieren. Und das, obwohl auch die Aggressoren immer wieder die gleiche Platte auflegen: „Diktator“, „Machthaber“, „Regime“, „Schlächter“, „neuer Hitler“. Neben dem beabsichtigten Effekt der psychologischen Kriegsvorbereitung lautet die Botschaft: Die politische Führung ist illegitim, also vogelfrei, also die Geltung des Völkerrechts suspendiert.

In dieser Situation zu betonen, man sei „nicht der Freund“ des jeweils ausgerufenen neuen Hitler, ist nicht nur arm, sondern schon deshalb unsagbar dämlich, weil der betreffende Staatschef unseren dementierenden Friedensfreund gar nicht kennen dürfte. Die Dauerdistanzierung aus Kreisen der Friedensbewegung macht den fatalen Eindruck: ‚Die Kriegsgründe sind vielleicht nicht ganz falsch, nur die Bomben lehnen wir ab‘. Mit der bekannt verheerenden Wirkung für die Mobilisierungsfähigkeit. Und beim nächsten Krieg – alles zurück auf Anfang.

Jetzt also gegen Russland. Genau genommen gingen die Weltordnungskriege seit den 1990er Jahren immer schon indirekt gegen Russland, dienten seiner ‚Eindämmung‘ und militärischen Einkreisung. Die NATO ist zurück bei ihrem Gründungsauftrag, nur jetzt nicht mehr gegen die Roten, sondern gegen den Feind von 1914 und früher. Das „Hamburger Abendblatt“ vom 03.03.14 übertitelt seinen Leitartikel „Ukraine-Krise erinnert fatal an 1914“.

¹ André Müller sen., Gespräche mit Hacks, S. 409, Berlin 2008

Die Begleitkampagnen der Konzernmedien lauten „Putins Wahlfälschung“, „Freiheit für Chodorkowsky“, „Russland beschützt Syriens Schlächter“, „Freiheit für den Mösen-Aufstand“, „Putins Olympische Spiele“, „Putins Krim-Annexion“ etc. Die Massenmedien tun ihr Möglichstes, die Konsumenten auf Westkurs zu halten. Wer nicht gehorcht, wird als „Russlandverstehler“ oder „Putin-Freund“ diffamiert – falls man es denn als Diffamierung und nicht als Auszeichnung auffasst.

Bemerkenswert: die Bevölkerung reagiert, anders als bei den vorangegangenen Kriegen, viel sensibler, alarmierter. Umfragen und die Flut von Zuschriften an die Redaktionen sprechen eine deutliche Sprache. Offen und massenhaft wird den Propagandalügen und Desinformationen widersprochen. Offensichtlich spüren viele, dass uns die Ukraine näher liegt als viele bisherige Kriegsschauplätze und die Gefahr eines großen Weltbrandes näher rückt. 75% lehnen eine stärkere NATO-Präsenz in Osteuropa ab (infratest dimap), 77% halten die West-Kritik an Russland für heuchlerisch (Tagesspiegel), 89% sind für Gespräche statt Isolation (infratest dimap) und ebenfalls 89% haben Verständnis für Putins Kurs (ntv).

Und wie reagieren Linke und Friedensbewegte in dieser Situation? Wird die Massenstimmung verstärkt und zur Mobilisierung genutzt? Jetzt also Solidarität mit Russland? Weit gefehlt. Teile der Bewegung zieren sich nicht nur, sie lehnen das rundweg ab. Der Deutsche Freidenker-Verband formulierte: „Die einzige Chance zur Verteidigung des Friedens besteht in der Annäherung an Russland. Die Russische Föderation ist die Schutzmacht des Friedens in Europa. Nur an der Seite Russlands kann ein 3. Weltkrieg verhindert werden. Nur in Solidarität mit Russland kann die Friedensbewegung, gerade in Deutschland, wieder zu einem ernstzunehmenden Faktor werden. Nur im Bündnis mit Russland hat unsere Forderung ‚Deutschland raus aus der NATO -- NATO raus aus Deutschland‘ eine realistische Durchsetzungsperspektive.“ Neben beachtlicher Zustimmung gab es dazu Kopfschütteln, Widerspruch und Ablehnung.

1. Weltkrieg – nichts gelernt

Alles Gedenken an den Beginn des Weltkriegs vor 100 Jahren hilft nichts, von der Bundesregierung wird es sogar im Gegenteil in den Dienst einer neuen Mobilmachung gegen Russland gestellt. Bei einer solchen Gedenkfeier sagte der SPD-Vorsitzende und Vizekanzler Sigmar Gabriel am 14. April 2014 in Berlin: „Da wird der alte Geiste der europäischen Mächtropolitik gerade wieder aus der Flasche gelassen“, denn „Moskau sei ‚offenbar bereit, Panzer über europäische Grenzen rollen zu lassen‘“.²

Inzwischen schreitet die Mobilmachung des Westens gegen Russland fort. Am 30. Juli 2014 informierte uns der Bundeswirtschaftsminister, wie weit wir schon gekommen sind: „Der SPD-Politiker sagte in Berlin, *in Kriegszeiten müssten Wirtschaftsinteressen zurückstehen.*“³ Helmut Schmidt bezeichnete den „Versuch der EU-Kommission, die Ukraine anzugliedern ... Größenwahn, wir haben dort nichts zu suchen. (...) Aber die Gefahr, dass sich die Situation verschärft wie im August 1914, wächst von Tag zu Tag.“⁴

Die EU will wie die NATO eine „Wertegemeinschaft“ sein. Wir kennen die Werte aus ihrem GEMEINSAMEN STANDPUNKT vom 2. Dezember 1996, in dem sie von Cuba den „Übergang in eine pluralistische Demokratie“, „Chancen für einen friedlichen Übergang“, „unumkehrbare Öffnung der kubanischen Wirtschaft“, „die Achtung der Menschenrechte“

² <http://www.tagesschau.de/inland/ukraine-reaktionen104.html>

³ http://www.deutschlandfunk.de/wirtschaftsminister-gabriel-sanktionen-gegen-russland.264.de.html?drn:news_id=385374

⁴ Interview mit „Bild“, 16.05.2014

und „die Aufhebung aller politischen Straftatbestände“ fordert.⁵ Guantanamo hatten sie dabei nicht im Sinn.

Wir kennen die Werte auch aus der Entschließung des EU-Parlaments „zum Gewissen Europas“, in der es anlässlich des „Jahrestages des Zusammenbruchs der kommunistischen Diktaturen in Mittel- und Osteuropa“ „entschieden und unzweideutig alle Verbrechen gegen die Menschheit und die massiven Menschenrechtsverletzungen, die von sämtlichen totalitären und autoritären Regimen begangen worden sind, (verurteilt)“; „dass das letztliche Ziel der Offenlegung und Bewertung der von den totalitären kommunistischen Regimen begangenen Verbrechen in der Wiederaussöhnung besteht“ und der „23. August zum europaweiten Gedenktag an die Opfer aller totalitären und autoritären Regime“ ausruft.⁶ Es geht um den bekannten „Totalitarismus“, wobei es die EU schafft, weder das Wort Faschismus noch Nazismus in den Mund zu nehmen.

Zugleich unterhält diese Wertegemeinschaft ein Grenzregime namens „Frontex“ und lässt an ihren Außengrenzen Tausende Menschen vom Leben zum Tod befördern. Mit von der Partie in dieser Wertegemeinschaft sind Staaten, die „Hammer und Sichel“ verbieten, Aufmärsche der Waffen-SS unterstützen, und diesen ‚verdienten‘ Kämpfern gegen den Kommunismus Ehrenpensionen zahlen.

Jedes Jahr finden am letzten Juliwochenende im Örtchen Vaivara auf den Anhöhen von Sinimäe in Nordosten Estlands ein Treffen der Veteranen der Waffen-SS statt. Sie sind den Kämpfen gewidmet, die im Juli-August 1944 zwischen den Teilen der 20. Grenadier-Division der Waffen-SS und sowjetischen Armee geführt wurden. Daran nehmen regelmäßig Mitglieder des estnischen Parlaments teil.

Jährliches Ritual in Riga: Der Gedenkmarsch für die Soldaten der lettischen Legion der Waffen-SS am 16. März. Eine Woche vorher marschieren in Litauen Nazis auf, wo sie seit 2008 die Feiern zum Jahrestag der Unabhängigkeitserklärung von 1990 in der Hauptstadt Vilnius für sich nutzen. Alles geachtete Mitglieder der „Wertegemeinschaft“.

Auch Deutschland wollen wir nicht unerwähnt lassen, wo die Behörden zehn Jahre lang rassistische Morde nicht aufdecken, eher decken bzw. Schmiere stehen, um dann einen „nationalsozialistischen Untergrund“ aus der Taufe zu heben. Für eine solche Wertegemeinschaft ist der nächste Schritt nur konsequent, nämlich die Waffenbruderschaft mit Faschisten in der Ukraine, wenn sie sich als stramme antirussische Kämpfer einsetzen lassen.

So meinte das wohl die litauische Ministerpräsidentin Dalia Grybauskaitė beim EU-Gipfel: „Russland befindet sich praktisch im Krieg gegen Europa“.⁷

Am 02.09.2014 erhielten die baltischen Frontstaaten Schützenhilfe bei Obamas Besuch in Tallinn, wo er mit „unzerbrechlichem, felsenfesten und ewigem Beistand der USA“ drohte“.⁸ „Wir werden Russlands Besetzung und Annexion der Krim oder anderer Teile der Ukraine niemals akzeptieren“.⁹

Die deutsche Staatsdoktrin des Antikommunismus ist jetzt die supranationale Staatsdoktrin der EU. Ob gegen die „slawischen Untermenschen“, „den Iwan“, die „Soffjets“ in der Sprache Adenauers oder den „sowjetischen Sozialimperialismus“ maoistischer

⁵ GEMEINSAMER STANDPUNKT vom 2. Dezember 1996 - vom Rat aufgrund von Artikel J.2 des Vertrags über die Europäische Union festgelegt - zu Kuba (96/697/GASP)

⁶ Entschließung des Europäischen Parlaments vom 2. April 2009 zum Gewissen Europas und zum Totalitarismus

⁷ <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/eu-gipfel-in-bruessel-russland-ist-im-krieg-mit-europa-13126666.html>

⁸ <http://www.n-tv.de/politik/Obama-sichert-Baltikum-ewigen-Beistand-zu-article13540216.html>

⁹ <http://www.spiegel.de/politik/ausland/barack-obama-in-estland-kritik-an-putin-versprechen-an-baltikum-a-989672.html>

Gruppen – „Russenfeindschaft ist in Deutschland immer anschlussfähig und befähigt zu Höherem“, wie Reinhard Lauterbach in der „jungen Welt“ so schön schrieb.¹⁰

Wie reagiert die Linke?

Nicht zum ersten Mal weiß die NATO offenbar besser, was sie will und tut, als viele, die ihr eigentlich entgegentreten müssten. Warum man angesichts der aggressiven NATO-Politik gegen Russland nicht mit Russland solidarisch sein soll, das zu erklären, geben sich ausgerechnet einige Linke und Friedensbewegte jede erdenkliche Mühe.

Sabine Lösing (Die Linke/MdEP) schreibt zur Ukraine völlig zutreffend, „westliche Geopolitiker (hätten) das Land schon lange als Schlüsselstaat auserkoren, dessen Kontrolle als ein wichtiger Baustein zur dauerhaften Schwächung Russlands gilt“. Trotzdem kommt sie zu dem Schluss: „die russische Annexion der Krim-Halbinsel stellt einen klaren Bruch des Völkerrechts dar, der nicht einfach kritiklos hingenommen werden sollte“.¹¹

Beim PdL-Parteitag am 10.05.2014 in Berlin versicherte Parteichef Riexinger, es gäbe „keinen Grund, die friedenspolitischen Positionen unserer Partei aufzuweichen. Seine Co-Vorsitzende Katja Kipping legt zugleich Wert auf die Feststellung, im Ukraine-Konflikt stehe die Linke weder an der Seite der NATO noch an der Seite Russlands: „Mich braucht wirklich niemand zu belehren, dass Putin kein Linker ist.“¹²

Der ehemalige stellv. DKP-Vorsitzende Leo Mayer kritisiert die westliche Intention, die Ukraine „den Marktbedingungen der Europäischen Union wie dem Militärkonzept der Nato unterzuordnen“, meint aber auch: „Dass Russland eigene – aus seiner Sicht legitime – Sicherheitsinteressen wahrnimmt, das kann aber für uns noch lange kein Grund für eine Parteinahme zu Gunsten Russlands sein.“¹³

Der aktuelle DKP-Vorsitzende Patrik Köbele konstatiert das „Schüren des Hasses auf Russland“, einen „Putsch mit massiver Unterstützung der EU, Deutschlands und der USA“ und neue „Machthaber ... unter direktem Einfluss von Nationalisten und Faschisten“, zur Motivation des russischen Agierens zählt er dessen „geschichtliche Identität des Aufstiegs zur Großmacht unter sozialistischen Vorzeichen und (den) Sieg über den Hitlerfaschismus“.

Dann meint er jedoch: „Wir machen uns dabei über die Rolle Russlands keine Illusionen. Es ist ein kapitalistischer Staat und die wahre Macht liegt auch dort vor allem in den Händen einiger Oligarchen.“¹⁴ Schließlich hat die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) erkannt: „mittlerweile hat sich auch Russland zu einer starken imperialistischen Macht entwickelt.“¹⁵

Georg Fülberth, den Peter Hacks „Georg Nostradamus“ nannte, kommentiert in der Parteizeitung der DKP das Plakat „Hände weg von der Ukraine!“.¹⁶ Neben den zugreifenden Händen der USA und der EU vermisst er „eine Hand: die Russlands“¹⁷. Auch Lenin habe 1914 keine Partei ergriffen, weil „alle imperialistische Mächte“ gewesen seien.

¹⁰ Der Schwarze Kanal: Grünes Newspeak, <http://www.jungewelt.de/2014/08-30/004.php>

¹¹ <http://www.dielinke-europa.eu/article/9157.ukraine-eskalationspotenzial-in-alle-richtungen.html>, 25.04.2014

¹² <http://www.tagesspiegel.de/politik/kippling-und-riexinger-wiedergewählt-linke-sieht-sich-als-partei-der-mitte/9873758.html>, 10.05.2014

¹³ Leo Mayer, Für ein solidarisches Europa, Referat beim DGB Freising, 12.05.2014, http://www.kommunisten.eu/attachments/5013_Referat_Europa%20sozial_DGB%20Freising.pdf

¹⁴ Patrik Köbele, Referat auf der 7. Parteivorstandstagung der DKP, 24.03.2014

¹⁵ Stellungnahme der AG Antimilitarismus des Bundesvorstands der SDAJ, 03.05.2014

¹⁶ Peter Hacks, Georg Nostradamus oder Professor Fülberths Vorhersage, 2000

¹⁷ „Unsere Zeit, 11.04.2014

Auf der Website kommunisten.de gibt es einerseits Berichte wie „Nazi-Terror in der Südost-Ukraine“¹⁸ über das Massaker im Gewerkschaftshaus von Odessa, aber auch ein Interview mit dem Kiewer Sozialwissenschaftler Wolodimir Ischtschenko, der als Sozialist bezeichnete stellvertretende Direktor des Zentrums für Sozialforschung in Kiew in dem Journal of Socialist Renewal, mit Weisheiten wie: „Ich stimme der Idee, dass es ein faschistischer Putsch war, nicht zu ... die Regierung ist besser mit neoliberal beschrieben, als mit rechtsextrem ... das Azow-Battalion, welches eine Menge von Kämpfern der extremen Rechten hat – ist ein wirkliches Geschenk an die russische Propaganda.“ Nicht die Existenz eines faschistischen Bataillons und sein regierungsoffizieller Einsatz ist das Verwerfliche, sondern dass es die „russische Propaganda“ nutzen kann! Und über die Menschen, die er „Separatisten von Donezk und Lugansk“ nennt: es sei „offensichtlich, dass diese Leute keine Sozialisten sind, sie sind populistische Nationalisten.“ Die Faschisten sind also Neoliberale, die Widerstandskämpfer Nationalisten? So funktioniert die Lüge im Begriff.

Auf selbiger Seite kommunisten.de erscheint von Leo Mayer die Feststellung „Viele Menschen in Deutschland, vor allem auf Seiten der Linken, haben Sympathien für die Putin-Regierung. ... Der Deutsche Freidenkerverband versteigt sich gar zu der Schlussfolgerung: ‚Russlands Interessen decken sich mit dem Friedenswillen des größten Teils der Menschheit:...‘“¹⁹ Für ihn hingegen ist die „Russische Föderation ... eine Form des Staatsmonopolistischen Kapitalismus“, sie stehe weder auf der ‚Seite des Fortschritts‘ noch auf der ‚des Friedens‘.“

Das schreibt er als Einleitung für den Beitrag eines Kirill Medvedev, der als „Musiker und linker Aktivist in Moskau“ vorgestellt wird, und dessen Beitrag endet mit: „Unser Feind sitzt im Kreml!“. So schnell kommt man von der Äquidistanz in die Gesellschaft der Putin-Gegner.

Russlandfeindschaft hat Tradition

Als im Juni 2014 in Dortmund das „größte Fest der Linken in unserem Land“²⁰ stattfand, wurde dort auch über „**100 Jahre Weltkriege – 100 Jahre Friedensbewegung: Umbrüche und Kontinuität**“ diskutiert. Tobias Pflüger, der antimilitaristisch engagierte stellv. Vorsitzende der Partei „Die Linke“ meinte, „die Debatte über Russland solle man jetzt in der Friedensbewegung lieber nicht führen“.

Angesichts des Umstands, dass die Konzernmedien tagein, tagaus aus allen Rohren auf Russland schießen, eine bemerkenswerte Position. Als aber die Frage gestellt wurde: Wie konnte es 1914 trotz antimilitaristischer Einstellung der Arbeiterbewegung und pazifistischer Tendenzen im Bürgertum zu dem plötzlichen Stimmungsumschwung kommen, in dem auch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion für die Bewilligung der Kriegskredite stimmte?, da bekannte er gemeinsam mit seinen Mitdiskutanten, Peter Strutynski, dem Sprecher aus Kassel und Horst Schmitthenner, Ex-Vorständler der IG Metall erstaunlicherweise, letztlich keine Antwort zu wissen.²¹

Im Grunde genommen ist es wieder nicht so erstaunlich: wenn man, nur zum Beispiel, „die Debatte über Russland“ meidet, wird man den Mechanismen der Kriegspsychose 1914 nicht auf die Spur kommen, und es wird sich auch kein Lernfortschritt bezüglich der heutigen Situation einstellen.

¹⁸ http://www.kommunisten.eu/index.php?option=com_content&view=article&id=4997:nazi-terror-in-der-suedost-ukraine&catid=35:europa&Itemid=67

¹⁹ http://www.kommunisten.de/index.php?option=com_content&view=article&id=5159&Itemid=249

²⁰ <http://news.dkp.de/2014/07/pressefest-eroeffnung-durch-patrik-koebeler/>

²¹ Bericht Klaus von Raussendorff, pers. Korrespondenz, 20.07.2014

In dem Artikel „Der unbekanntete Weltkrieg“ hatte ich bereits darauf hingewiesen, dass „die Zeit, in der er vorbereitet wurde ... auch bei Linken merkwürdig unbekannt“ sei, dass kaum zur Kenntnis genommen werde, dass seit der Französischen Revolution, der endgültigen Durchsetzung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, kein Jahr ohne Krieg verging.²²

Hinzufügen möchte ich: wir müssten aber auch eine weitere Seite genauer betrachten, nämlich die ideologische Front, an der die Kriegsvorbereitung stattfand.

Endlich nicht mehr als „vaterlandslose Gesellen“ gelten, als die sie von der wilhelminischen Reaktion beschimpft wurde, war zur 19er/20er Jahrhundertwende ein starkes Motiv für viele Sozialdemokraten. Welche Unterwerfungsgeste wäre besser geeignet als die Zustimmung zum Krieg? (In neuerer Zeit heißt es: „endlich im vereinten Deutschland ankommen“.)

„Aber wenn es gegen den russischen Zarismus als Feind aller Kultur und aller Unterdrückten geht, werde selbst ich als alter Knabe noch die Flinte auf den Buckel nehmen“, so August Bebel in seiner sogenannten „Flintenrede“ im Reichstag 1904.²³ Bebel bekräftigte diese Position beim Essener Parteitag der SPD 1907, womit die „Vaterlandsverteidiger“ um Gustav Noske und den revisionistischen Parteiflügel gestärkt wurden.

Bebel tat dies ungeachtet des kurz zuvor stattgefundenen Internationalen Sozialisten-Kongresses 1907 in Stuttgart, der (mit Zustimmung der SPD) beschloss:

„Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet ..., alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern, die sich je nach der Verschärfung des Klassenkampfes und der Verschärfung der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern.

Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.“²⁴

„Für die Kriegspropaganda war (die Kriegsschuldfrage) wichtig und gab das Argument der Vaterlandsverteidigung für alle Kriegsbeteiligte ab. Insofern war sie auch für die SPD wichtig, die nun alle Marx-Zitate zum russischen Despotismus hervorkramte.“²⁵ Nicht zu Unrecht galten die Siegermächte über Napoleon – Preußen, Habsburg und Russland –, die 1815 die „Heilige Allianz“ bildeten, als Hort der Reaktion. Zar Nikolaus erhielt nach der blutigen Niederschlagung des Aufstands 1831 in Polen und 1849 in Ungarn den Beinamen „Gendarm Europas“. Insbesondere aus jener Zeit der bürgerlichen Revolutionen in Europa stammen zahlreiche Kommentare von Karl Marx gegen die vom Zarismus repräsentierte Reaktion:

Der Zarismus als Hort der Reaktion

Im Jahre 1848 schrieb Marx in der Neuen Rheinischen Zeitung: „Wenn die Russen der preußischen Dynastie von Osten, werden die Franzosen dem deutschen Volke vom Westen her zu Hilfe eilen.“

²² „Freidenker“ 4-2013

²³ 7. März 1904

²⁴ Ausserordentlicher Internationaler Sozialisten-Kongress zu Basel am 24. und 25. November 1912. Berlin 1912, S. 23

²⁵ Dr. Stefan Bollinger, Weltkrieg, "Urkatastrophe" und linke Scheidewege, Referat auf der 19. Tagung der Historischen Kommission der Partei „Die Linke“

„Nur der Krieg mit Rußland ist ein Krieg des revolutionären Deutschlands, ein Krieg, worin es die Sünden der Vergangenheit abwaschen, worin es sich ermannen, worin es seine eigenen Autokraten besiegen kann, worin es, wie einem die Ketten langer träger Sklaverei abschüttelnden Volke geziemt, die Propaganda der Zivilisation mit dem Opfer seiner Söhne erkaufte und sich nach innen frei macht, indem es sich nach außen befreit“²⁶

Franz Mehring: „In der auswärtigen Politik war der Krieg gegen Rußland der Angelpunkt, um den sich die »Neue Rheinische Zeitung« bewegte. In Rußland sah sie den einen Feind der Revolution, der wirklich furchtbar sei und unfehlbar in den Kampf eintreten werde, wenn die Bewegung europäische Ausdehnung annehme.

Sie war damit durchaus auf dem richtigen Wege. Zur selben Zeit, wo sie den revolutionären Krieg gegen Rußland forderte, bot der Zar, was sie nicht wissen konnte, aber was heute urkundlich bekannt ist, dem Prinzen von Preußen die Hilfe des russischen Heeres zur gewaltsamen Wiederherstellung des Despotismus an, und ein Jahr später hat der russische Bär den österreichischen Despotismus gerettet, indem er mit seinen plumpen Pranken die ungarische Revolution niederschlug. Die deutsche Revolution konnte nicht siegen, ohne den preußischen und den österreichischen Zwangsstaat zu zerstören, und dieses Ziel war unerreichbar, wenn nicht vorher die Macht des Zaren gebrochen wurde.

Von dem Kriege gegen Rußland erwartete die Zeitung eine ähnliche Entfesselung revolutionärer Kräfte, wie sie der Französischen Revolution von 1789 durch den Krieg mit dem feudalen Deutschland beschieden gewesen war.“²⁷

In dieser Zeit wurde die Bewertung Russlands ausschließlich aus dieser Perspektive der gescheiterten 1848er Revolution vorgenommen und der russische Zarismus völlig zu Recht als Hort der internationalen Reaktion ausgemacht. Erst in den 1880er Jahren beschäftigte sich Marx vertieft mit der ökonomischen Entwicklung in Russland, hier besonders mit den Fragen des Gemeineigentums in der Dorfgemeinde und möglichen Konsequenzen für die Revolution. Mehring:

„Die Frage, auf die es ihnen in erster Reihe ankam, formulierten Marx und Engels so: Kann die russische Bauerngemeinde, diese allerdings schon sehr zersetzte Form des urwüchsigen Gemeineigentums am Boden, unmittelbar übergehen in eine höhere kommunistische Form des Grundeigentums, oder aber muß sie vorher denselben Auflösungsprozeß durchmachen, der sich in der historischen Entwicklung des Westens darstellt?“²⁸

Die „einzige, heute mögliche“ Antwort auf diese Frage gaben Marx und Engels in der Vorrede zu einer neuen, von Vera Sassulitsch verfaßten Übersetzung des »Kommunistischen Manifestes« ins Russische mit den Worten: „Wird die russische Revolution das Signal zu einer proletarischen Revolution im Westen, so daß beide einander ergänzen, so kann das jetzige russische Gemeineigentum am Boden zum Ausgangspunkt einer kommunistischen Entwicklung dienen.“²⁹

Bebel erhielt beim Essener Parteitag 1907 auch Widerspruch: „Seither habe sich die politische Lage völlig gewandelt, warf der Redakteur der Leipziger Volkszeitung **Paul Lensch** in die Diskussion. Durch den Ausbruch der russischen Revolution (1905) ‚ist der russische Zarismus ausgeschieden als Todfeind, als wirkungsvoller Feind; er liegt zerbrochen am Boden.‘ Nachdem Rußland seine Rolle als Gendarm Europas eingebüßt hatte, sei dieselbe

²⁶ Karl Marx, Drohung der Gervinus-Zeitung, "Neue Rheinische Zeitung" Nr. 25 vom 25. Juni 1848

²⁷ Franz Mehring: Karl Marx - Geschichte seines Lebens, Gesammelte Schriften, Band 3. Berlin/DDR, 1960, S. 166/167

²⁸ Mehring, a.a.O, S. 533

²⁹ Karl Marx/Friedrich Engels: Vorrede zur zweiten russischen Ausgabe des »Manifests der Kommunistischen Partei«, in: Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, [Bd. 19, S. 296.](#)

Erklärung, bereitwillig einen Krieg zu führen, die früher ein Bekenntnis zur Revolution war, zu einem Bekenntnis zur europäischen Reaktion geworden.“³⁰

Diese Einwände drangen nicht durch. Bei der entscheidenden Frage der Bewilligung der Kriegskredite überwog laut der anlässlich ihres 150. Geburtstags erschienenen SPD-Parteibiografie die Haltung: „Der Zarismus galt den deutschen Sozialdemokraten als Verkörperung der Reaktion, die Feindschaft gegen Freiheit und Fortschritt“.³¹

Das Resümee: Die langjährige tiefsitzende Feindschaft der Sozialdemokratie gegen den Zarismus lähmte die Abwehrbereitschaft gegenüber den eigenen imperialistischen Kriegsherren. Sie vereinigte sich im Ergebnis mit der rassistischen Rede von den slawischen Untermenschen zu einer Kriegsbereitschaft, die „keine Parteien mehr kannte“.

Es gilt festzuhalten, dass die besonders in der Zeit der Bürgerlichen Revolutionen des 19. Jh. begründete Feindschaft gegenüber dem zaristischen Russland noch weitergepflegt wurde, als sich die Verhältnisse bereits gewandelt hatten. Spätestens seit dem russisch-japanischen Krieg und der bürgerlichen Revolution in Russland hatte der Zarismus als Hort und Gendarm der Reaktion ausgespielt, die Fortsetzung der Russenfeindschaft spielte der Reaktion in die Hände und besorgte die ideologische Entwaffnung der Arbeiterbewegung.

Aus der Geschichte – das Falsche lernen?

Im Kontext mit dem 1. Weltkrieg werden heute von vermeintlich linker Seite diverse Einwände gegen eine Solidarität mit Russland ins Feld geführt. Der Frankfurter Antinazi-Pfarrers Stoodt trägt sie überzeugt vor. Erstens, „die Fronten verlaufen nicht zwischen Staaten und Völkern, sondern zwischen Unten und Oben“.³² Klingt zwar klassenkämpferisch, aber daraus folgt? Da Kriege dummerweise zwischen Staaten stattfinden, hat der Angegriffene keine Unterstützung verdient, und der Aggressor keinen Widerstand zu befürchten?

Seine zweite Erklärung: „gerade in der Ukraine-Krise gilt: der Hauptfeind steht im eigenen Land und heißt deutscher Imperialismus und Faschismus“. Klingt ebenfalls revolutionär, nach Karl Liebknecht eben, stellt den armen Karl Liebknecht aber leider auf den Kopf. „Der Hauptfeind steht im eigenen Land“ schrieb er 1915 zehn Monate nach Kriegsbeginn in ein Flugblatt, in dem er die Lügen „der deutschen und österreichischen Kriegshetzer, jener Hauptschuldigen am Kriegsausbruch“, gefolgt von den „italienischen Kriegshetzern“ entlarvt; Liebknecht mahnt, nicht zu vergessen, „dass die Massen von den herrschenden Klassen mit lockenden Melodien für den kapitalistischen Kriegszweck eingefangen wurden“.

Karl Liebknecht plädierte keineswegs für eine Äquidistanz zwischen Angreifern und Angegriffenen, sondern nannte die Aggressoren beim Namen: „Das österreichische Ultimatum an Serbien vom 23. Juli 1914 war die Brandfackel, die die Welt entzündete, (...) das Signal für die Neuverteilung der Welt, (...) der Vorherrschaft auf dem Balkan, in Kleinasien und im ganzen Mittelmeer“³³. Statt auf die ausländischen Klassenbrüder zu schießen, müsse man in Deutschland lernen: „Der Hauptfeind des deutschen Volkes steht in Deutschland“! Dies war Begründung für den Appell, nicht auf die eigenen Klassenbrüder zu

³⁰ Nick Brauns, Flinte auf dem Buckel, junge Welt 15.09.2007

³¹ Bernd Faulenbach, Geschichte der SPD: Von den Anfängen bis zur Gegenwart, 2012, C.H.Beck

³² Dieser und die folgenden Einwände sind einer ‚Massenmail‘ von H.C. Stoodt gegen die Beteiligung an einer Russland-Solidaritäts-Demonstration entnommen, zu der russische Vereine in Frankfurt am Main aufgerufen hatten.

³³ Karl Liebknecht, Flugblatt Mai 1915, zit. n. http://www.mlwerke.de/kl/kl_001.htm

schießen, es war nicht die Aufforderung, den Aggressor zu schonen und dem Angegriffenen die Solidarität zu verweigern.

Als dritter Einwand gegen die Solidarität mit Russland wird uns angeboten: „Vor hundert Jahren, 1914, hat der Mainstream der deutschen Linken schon einmal gemeint, sich im Fall einer zugespitzten Konfrontation zwischen den imperialistischen Mächten der damaligen Zeit auf eine von deren Seiten schlagen zu sollen.“ Man dürfe „nicht in den Fehler von 1914 verfallen und unser Heil auf einer von zwei falschen Seiten suchen.“³⁴

Was hier als ‚Lehre von 1914‘ angeboten wird, ist eine denunziatorische Geschichtsverdrehung. Die als „linker deutscher Mainstream“ bezeichnete Mehrheitssozialdemokratie hatte sich damals nicht auf ‚irgendeine Seite‘ geschlagen, sondern stand hinter ‚ihren‘ deutschen Imperialisten, Kaiser und Reichswehr, als ‚Vaterlandsverteidiger‘ stramm. Genau dies begründete die Mahnung von Karl Liebknecht.

Ergänzend kommt Einwand Nr. 4: „Lenin und die Zimmerwalder Linke haben schon im Herbst 1914 / Sommer 1915“ vorgeschlagen, statt sich auf eine ‚falsche Seite‘ zu schlagen, „den imperialistischen Krieg in einen Bürgerkrieg gegen die jeweils ‚eigene‘ Bourgeoisie zu verwandeln.“ Ein radikaler Vorschlag. Lenin in Ehren, aber nur im richtigen Zusammenhang!

Lenin kennzeichnete in „Die Grundsätze des Sozialismus und der Krieg 1914/1915“ jene als „Sozialchauvinisten“, die das Baseler Friedensmanifest der Sozialistischen Internationale verraten und den Krieg der imperialistischen Räuber als „Vaterlandsverteidigung“ ausgegeben haben. Unter der eingetretenen Bedingung, dass der Krieg nicht verhindert werden konnte, plädiert er für die „Umwandlung des imperialistischen Kriegs in den Bürgerkrieg“.³⁵

An dieser Stelle zur Erinnerung: Noch ist der 3. imperialistische Weltkrieg nicht ‚ausgebrochen‘. Noch ist Zeit, ihn zu verhindern. Ob im Falle der Nichtverhinderung die Umwandlung in einen Bürgerkrieg unter der Bedingung des ‚nuklearen Overkills‘ noch eine realistische Option ist, wird spätestens die Praxis erweisen. Angesichts der bisher geringen Fortschritte der Kommunisten und Sozialisten bei der Heranführung der Massen an die proletarische Revolution erscheint die Perspektive eines Bürgerkriegs gegen die ‚eigene‘ Bourgeoisie gewagt, zumindest sehr spekulativ. Jedenfalls sollten uns Gedanken hierüber nicht von der vorrangigen Aufgabe abhalten, dem Krieg den Weg zu versperren. Und ‚revolutionäres‘ Wortgeklingel sollte nicht zum Defaitismus in der Frage von Krieg und Frieden verleiten.

Wie absurd die Warnung ist, sich auf die ‚falsche Seite‘ zu schlagen, soll ein Beispiel verdeutlichen. Deutsche Wehrmachtangehörige sind im 2. Weltkrieg desertiert, haben sich der Roten Armee oder den Partisanen angeschlossen. Aber zuvor hatte das faschistische Deutschland schon Frankreich überfallen – zweifellos ein Krieg zwischen zwei imperialistischen Ländern. Die deutschen Antifaschisten, die in der französischen Résistance gegen die deutschen Besatzer kämpften, hatten keine Sekunde Bedenken, sie könnten „auf einer von zwei falschen Seiten“ kämpfen.

Russland – ein imperialistisches Land?

Ein weiteres ‚Paket‘ von Einwänden gegen die Solidarität mit Russland bezieht sich auf die Einordnung und Bewertung des gesellschaftspolitischen Systems der heutigen Russischen Föderation. Die Frankfurter Freidenker Ernst Schwarz und Carlo Graf fürchten, wir unterstellten „Russland sei kein monopolkapitalistisches Land, dort sei keine

³⁴ S. Anm. 32

³⁵ Wladimir Iljitsch Lenin, Sozialismus und Krieg, Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, S. 176 ff, Berlin 1989

Monopolbourgeoisie an der Macht.“ Doch Putin sei „bekanntlich nicht an der Macht, sondern nur an der Regierung. Wer also ist an der Macht? Das sind ohne Zweifel russische Monopolkapitalisten.“³⁶

Russland heute ist also in ihren Augen ein imperialistisches Land, diese Sicht teilen frühere Maoisten mit dem sogenannten „Chefideologen der DKP“ und „Russland-Experten“ Willi Gerns sowie der „Kommunistischen Initiative“, für die völlig klar ist: „Russland ist ein imperialistisches Land mit vollständig „ausgereiftem“, aggressivem und ausbeuterischen, ganz gewöhnlichem Kapitalismus“.

„Herangezogen“ zur Abstützung dieses Befunds wird wiederum Lenin, seine Imperialismustheorie, dargelegt v. a. in "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" von 1916³⁷. Anhand einzelner ökonomischer Merkmale werden Definitionsübungen vorgeführt.

Es ist schon fast rührend, wenn die KI offenherzig bekennt: „Aspekt 4 und 5 Lenins zur Charakterisierung des Imperialismus klammern wir an dieser Stelle aus, da sie die Analyse der gesamten Welt umfassen, nicht die eines Landes für sich alleine.“³⁸

Ich rufe in Erinnerung: Dabei handelt es sich um

- „4. es bilden sich internationale monopolistische Kapitalistenverbände, die die Welt unter sich teilen, und
- 5. die territoriale Aufteilung der Erde unter die kapitalistischen Großmächte ist beendet.“

Es erschien wohl auch den Autoren allzu offensichtlich, dass diese Kriterien der Russischen Föderation nur mit Gewalt übergeholfen werden können. Bleiben von den „grundlegenden Merkmalen“ noch übrig:

1. Konzentration der Produktion und des Kapitals, die eine so hohe Entwicklungsstufe erreicht hat, daß sie Monopole schafft, die im Wirtschaftsleben die entscheidende Rolle spielen;
2. Verschmelzung des Bankkapitals mit dem Industriekapital und Entstehung einer Finanzoligarchie auf der Basis dieses "Finanzkapitals";
3. der Kapitalexport, zum Unterschied vom Warenexport, gewinnt besonders wichtige Bedeutung;³⁹

Diese letzten drei Kriterien werden für die politisch-ökonomische Ordnung der Russischen Föderation als gegeben unterstellt.

Willi Gerns stellt zwar die richtige Frage „welche Gesellschaftsordnung, das heißt, welche Eigentums- und Machtverhältnisse herrschen in diesem Land ...“⁴⁰, bloß die Antwort befriedigt nicht.

Für Gerns „kann es keinen Zweifel geben“ an der „Herrschaft von Monopolen, die im Wirtschaftsleben die entscheidende Rolle spielen“, an „einer Finanzoligarchie auf der Basis des Finanzkapitals“ und des „eine immer größere Rolle spielenden Kapitalexports“. Denn: „Russland ist ein kapitalistisches Land, in dem der größte Teil der Produktionsmittel im Zuge der antisozialistischen Konterrevolution in kapitalistisches Privateigentum übergegangen ist. Dominierend in diesem Sektor ist das Raubeigentum der Oligarchenclans.“⁴¹

³⁶ Ernst Schwarz, Carlo Graf, Offener Brief v. 26.04.2014, siehe „Freidenker“ 2-2014

³⁷ Wladimir Iljitsch Lenin, Werke, Bd.22, Berlin 1960, S.191ff

³⁸ <http://kommunistische-initiative.de/index.php/dokumente-der-ki/dokumente/1791-erwiderung-auf-h-jacobs-keine-restauration-klassischer-art-warum-russlands-oligarchischer-kapitalismus-nicht-imperialistisch-ist>

³⁹ Lenin Werke, a.a.O., S. 270-71

⁴⁰ Willi Gerns, Putins Russland – weder Satan noch Heilsbringer, „Unsere Zeit, 27.06.2014

⁴¹ ebenda

Leider hat er als Grundlage seines Aufsatzes die sogenannte Studie über den „Herrschaftsmechanismus des Putin-Regimes“ namens „Politbüro 2.0“ herangezogen. Die genannten Autoren sind „zwei russische Politologen Jewgeni Mitchenko (Präsident der Holding „Mitchenko consulting“) und Kirill Petrow (Leiter der analytischen Abteilung des Internationalen Instituts für politische Expertisen)“. Doch beide sind nicht verschieden, sondern das Institut ist eine Abteilung der Consulting-Holding, und Petrow der Angestellte des Chefs, der mit richtigem Namen Minchenko heißt.⁴² Er unterhält in seiner Holding eine Mischung aus Think Tanks, Beratungsdienstleistern und PR-Agenturen.

Das (alle zwei Jahre erscheinende) „Werk“ ist irgendwo zwischen Kreml-Astrologie und Yellow Press anzusiedeln, aber ist keine wissenschaftliche Untersuchung. Auch wenn es ehrfurchtsvoll heißt: „Für die Ausarbeitung dieses Dokuments wurde die Meinung von mehr als sechzig Experten herangezogen“, erfährt man in der FAZ, dass es sich bloß um „die anonyme Befragung von 60 Politikern und Industriebossen“ handelt.⁴³

Ökonomie und Politik in Russland

Um die wirklichen Verhältnisse festzustellen, müssen wir der Aufforderung des Kommunistischen Manifests folgen: In allen Bewegungen die Eigentumsfrage als die Grundfrage der Bewegung hervorzuheben.⁴⁴

Was ist also dran an der These, die politische Herrschaft übe in Russland die Monopolbourgeoisie aus, nach dem Raub des Volkseigentums hätten sich riesige Oligarchenkapitale gebildet, und auf ihrer Basis eine Finanzoligarchie?

In der Zeitschrift „Z“ hat Karl-Heinz Gräfe soeben eine Untersuchung zur Entwicklung des Kapitalismus in Russland vorgelegt.⁴⁵ Leider enden die empirischen Daten im Wesentlichen um die Jahrtausendwende, also mit Abschluss der Raubprivatisierungen unter Jelzin. Doch wären gerade die letzten 14 Jahre, seit der aus guten Gründen im Westen so ‚geliebte‘ Putin das Sagen hat, von Interesse.

Die gründlichste, faktenreichste und seriöseste Untersuchung, die ich kenne, stammt aus dem Jahr 2000 von dem viel zu früh verstorbenen Sozialwissenschaftler Helmut Steiner, Professor für Soziologie an der Akademie der Wissenschaften der DDR und Mitglied der Leibniz-Sozietät.⁴⁶

Er bemerkt treffend zur Einleitung: „Die über die Medien vermittelten tatsächlichen und publizistisch aufbereiteten Alltags-, Skandal- und Horrormeldungen aus dem gegenwärtigen Russland können zwar moralische Entrüstung, das Gruseln und Unverständnis wecken; tatsächlich ist aber die sozial-wissenschaftliche Analyse und Theorie gefragt und herausgefordert!“

Akribisch zeichnet Steiner die Privatisierung des staatlichen Eigentums und den offiziellen Übergang zum Kapitalismus, von den Anfängen bis zur „Schock-Therapie“ der Jelzin-Ära (1991-1999) nach, und die Studie endet leider mit dem Kapitel über den russischen Staats-Kapitalismus und seine politischen Sozialstrukturen zu Beginn der Putin-Präsidentschaft.

⁴² <http://www.minchenko.ru/en/>

⁴³ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.08.2012, <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/wladimir-putin-die-unheimliche-macht-des-schiedsrichters-11865765.html>

⁴⁴ Karl Marx, Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, Werke, Dietz Verlag Berlin, 1974, Bd.4, S. 493

⁴⁵ Karl-Heinz Gräfe, Die Herausbildung des oligarchischen Kapitalismus in Russland, Zeitschrift „Z“, Sept. 2014

⁴⁶ Helmut Steiner, Die Herausbildung neuer Sozialstrukturen im gegenwärtigen Russland, in Transformationsforschung Sowjetunion – Russland, Berlin 2001

Die erste Privatisierungswelle begann bereits 1986/87 unter Gorbatschow – vor allem Komsomol-Funktionäre wandelten sich zu Privatunternehmern, zunächst im Bereich Tourismus. Unter Jelzin begann 1991 ein Programm zur umfassenden Privatisierung von Volks- und Staatseigentum. In der sog. „Voucher-Privatisierung“ wurden persönliche Anteilscheine für alle Belegschaftsangehörigen ausgegeben, die Scheine verloren aufgrund einer rasanten Inflation bis 1994 derart an Wert, dass sie an den Metrostationen zu Spottpreisen angeboten wurden. Die Manager kauften sie in großer Zahl auf, und die neue russische Bourgeoisie formierte sich.

Es folgte, bis 1999, die sogenannte Raub-Privatisierung, mit der Bildung von Aktiengesellschaften, dem Auktionsverkauf von Betrieben, der Privatisierung der staatlichen Banken und der Entstehung einer einflussreichen Schicht von Oligarchen.

Demnach, könnte man meinen, treffen die Befunde einer Herrschaft der Monopolbourgeoisie, Finanzoligarchie etc. zu. Doch wer beim Informationsstand des Jahres 2000 stehen bleibt, ignoriert oder fehlinterpretiert die entscheidenden Grundlagen der heutigen Ökonomie Russlands. Oft wird nach dem Motto verfahren: Man nennt mehr oder weniger bekannte russische Namen, und schon glaubt das Publikum, dass es sich um Oligarchen handeln muss. Ob sie noch im Besitz ihrer geraubten Güter sind, oder schon außer Landes, oder ob die Privatisierung rückgängig gemacht wurde, das erfährt man selten oder nur durch eigene Hinzuziehung weiterer Quellen.

Seit Beginn der Präsidentschaft Putins wurde der Kurs auf Privatisierung gestoppt und umgekehrt. Die Schlüsselindustrien, die Bodenschätze, Infrastruktur und Verkehrswege, die Banken sind wieder in staatlicher Hand bzw. unter staatlicher Kontrollmehrheit. Viele der einst mächtigen Oligarchen, stellvertretend seien die Namen Beresowski und Chodorkowski genannt, sitzen im Gefängnis oder in London. Es gibt weiterhin Großunternehmer, Oligarchen, Multimilliardäre in Russland, die ihren Geschäften nachgehen können, unter der Bedingung, dass sie sich von Politik fernhalten und für das Gemeinwohl engagieren, z.B. Investitionen für die Olympischen Spiele in Sotschi stemmen.

Für entscheidenden Einfluss auf die Politik fehlt aber den Privatkapitalisten die wirtschaftliche Basis. Nicht ein Monopolkapital bestimmt die Staatspolitik mittels einer Marionettenregierung, sondern umgekehrt: sogar die Chefs vermeintlich privater Unternehmen werden wie Staatsfunktionäre von der Regierung eingesetzt – worüber US-Geheimdienste und Think Tanks heftige Klage führen.

Die drei größten Unternehmen des Landes, Gazprom, Rosneft und die Sber-Bank (Rang 17, 59 und 61 der Forbes-Liste) sind ganz oder mehrheitlich (wieder) in staatlicher Hand, von den fünfzehn größten Unternehmen sind es neun.⁴⁷ Die Angaben beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2013 und den Börsenkurs vom Mai 2014 – Erkenntnisse, die bereits ein Blick in Wikipedia vermitteln kann.

Nach Angaben des Welt-Investment-Reports 2013 der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (Unctad) hält der russische Staat Anteile im Wert von 62% der Unternehmen.⁴⁸ Die Eigentumsverhältnisse müssen auch bei der Betrachtung des Kapitalexports zugrunde gelegt werden.

Zunächst ist zu beachten, dass die reinen Zahlen keine Aussage darüber treffen, ob es sich um reale strategische Investitionen handeln, oder schlicht um Kapitalflucht. So liest man z.B. als Begründung für das russische Werben um Auslandsinvestitionen, dass „das Land unter einem hohen Kapitalexport leidet“!⁴⁹ Oder: „Der Westen lebt gut ... von russischem

⁴⁷ http://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_gr%C3%B6%C3%9Ften_Unternehmen_in_Russland

⁴⁸ <http://unctad.org/en/pages/PublicationWebflyer.aspx?publicationid=588>, Report S. 12

⁴⁹ Export-Manager 3/2013, <http://www.exportmanager-online.de/archiv/342/russland-will-nicht-nur-rohstoffriese-sein>

Fluchtkapital“.⁵⁰ Dazu passt, dass die fünf Hauptempfängerländer russischer Auslandsdirektinvestitionen Zypern, die Niederlande, die Jungfraueninseln, Luxemburg und die Schweiz sind.⁵¹

Wenn es aber um reale Investitionen geht, handelt es sich um den Kauf der türkischen Denizbank durch die (staatliche) Sber-Bank, die in das Privatkundengeschäft in Österreich, seit 2014 auch in Deutschland einsteigen will. Weiterhin um verschiedene Infrastruktur-Käufe durch Gazprom (Erdgas-Speicher, -Verbundnetze und -Tankstellen) und Rosneft (Raffinerien, Pipelines und Terminals). Diese dienen unmittelbar der Absicherung des Rohstoff-Exports und stützen das Interesse Russlands an stabilen Handelsbeziehungen.

Sie haben nichts mit jenem „Parasitismus“ zu tun, den Lenin beim imperialistischen Kapitalexpert kritisierte: „eine *Handvoll* ... besonders reicher und mächtiger Staaten ..., die durch einfaches ‚Kuponschneiden‘ die ganze Welt ausplündern“.⁵²

Lenins Werk zum Imperialismus ist jetzt 98 Jahre alt. Sein Anlass und sein Zweck war es zuerst, aufzudecken, wie die Widersprüche zwischen den kapitalistischen Mächten zum 1. Weltkrieg führten und dass der Imperialismus aus ökonomischer Gesetzmäßigkeit zum Krieg treibt. Diese Analyse zeigte die Entwicklung des Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Monopolkapitalismus, gelangte zur Feststellung, dass der Imperialismus das höchste Stadium des Kapitalismus sei. Mit „höchstes“ ist gemeint „letztes Stadium“, denn Lenin zeigte, dass der Imperialismus parasitärer, faulender, sterbender Kapitalismus ist.

Jede Analyse der Kräfteverhältnisse und der Kriegsgefahr heute muss Lenin folgend „unbedingt die *Gesamtheit* der Daten über die *Grundlagen* des Wirtschaftslebens *aller* kriegführenden Mächte und der *ganzen* Welt nehmen.“⁵³

Dies ist für unsere Zeit erst noch zu leisten und sei als Forschungsgebiet gründlicher weiterer Untersuchungen benannt. Die Abwicklung des gesellschaftlichen Eigentums kam bei den Klassikern zwangsläufig nicht vor. In die Analyse muss eingeschlossen werden, was die überwiegende Verstaatlichung der wichtigsten Produktionsmittel für Ökonomie und Politik unter den gegenwärtigen Bedingungen bedeutet. Es sei daran erinnert: Helmut Steiner spricht bei der Transformation der Sowjetunion zu Russland nicht von „Imperialismus“, „Monopolkapitalismus“ oder „staatsmonopolistischem Kapitalismus“, er nennt das System Staats-Kapitalismus.⁵⁴

Neue Entwicklungen bedürfen gründlicher Analyse, für die Lenin das erforderliche Instrumentarium bereitgestellt hat. Nichtverstandenes und Nichterforschtes und willkürlich Interpretiertes aber in das Prokrustesbett von drei Kurzdefinitionen zu zwingen, das erscheint mir als undialektischer Schematismus.

Was man einigen ‚Experten‘ auch nicht schenken darf, ist Lenins Schlussfolgerung: „Es ist Imperialismus, wenn einige der reichsten Staaten die ganze Welt unterdrücken“,⁵⁵ ein „Weltsystem kolonialer Unterdrückung und finanzieller Erdrosselung der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung der Erde durch eine Handvoll ‚fortgeschrittener‘ Länder“⁵⁶. Wer die Russische Föderation hier einsortiert, ist entweder ahnungslos, unseriös oder böswillig.

Nachdem die Konferenz mit einem Zitat aus André Müllers Gesprächen mit Peter Hacks begann, hier noch ein Auszug vom August 2001: „Hacks fragt, ob die DKP für Putin ist.

⁵⁰ Hubert Wetzel, Wie der Westen auf Putin reagieren muss, Süddeutsche Zeitung, 30.08.2014

⁵¹ Unctad Welt-Investment-Report 2013, a.a.O., S. 65

⁵² Wladimir Iljitsch Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, a.a.O., Vorwort zur französischen und deutschen Ausgabe, 6. Juli 1920

⁵³ Lenin, Der Imperialismus ..., a.a.O., S. 194

⁵⁴ vgl. Anm. 46

⁵⁵ Referat auf dem 1. Gesamtrussischen Kongress der Werktätigen Kosaken - 1.3.1920, LW 30, S. 374f

⁵⁶ Lenin, Der Imperialismus ..., a.a.O., S. 195

Als ich den Kopf schüttele, meint er: ‚Sie sind alle gegen ihn, nur wir mal wieder nicht. Jede Kraft, die den Imperialismus daran hindert, auch die ehem. UdSSR völlig zu zerschlagen, also Land und Leute zu balkanisieren, muss doch als eine positive betrachtet werden; *genau dann* fehlt ihnen der Sozialismus, den sie sonst nur in Worten wollen.‘⁵⁷

Lenins Definition vom „Weltsystem kolonialer Unterdrückung und finanzieller Erdrosselung der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung der Erde durch eine Handvoll ‚fortgeschrittener‘ Länder“ trifft auf die USA und die NATO-Staaten, die EU und Japan zu. Die Interessen, die Russland verteidigt, sind von seinem Status als Rohstofflieferant diktiert, der stabile internationale Handelsbeziehungen braucht, aber keine Überfälle auf andere Länder.

Die Einschätzung Russlands als Friedensmacht und Verbündeten der Friedensbewegung entspringt also der ökonomischen Analyse, nicht der Mythologie oder dem Reich der Träume. Die russische Politik entspricht den Interessen der Werktätigen der Russischen Föderation wie der aller anderen Länder, auch der Werktätigen in Deutschland.

Im Fall der Ukraine heißt der Aggressor NATO, Angegriffene sind neben der Russischen Föderation, die Antifaschisten, Kommunisten und Demokraten der Ukraine sowie die Bevölkerung im Süden und Osten, die der Kiewer Junta Widerstand leistet.

Daher unsere Feststellung:

In dieser Situation ist eine Position der „Äquidistanz“ irgendwo in der Mitte zwischen der NATO und Russland falsch und gefährlich, weil sie den Widerstand gegen den Krieg lähmt. „Denn wenn nicht entschieden die Lüge, dass von Russland eine Bedrohung ausgehe, zurückgewiesen wird, dann bleibt die zentrale und psychologisch wirksamste Begründung für die Kriegseskalation der NATO im Raum stehen“, formulierten die Freidenker – in Übereinstimmung mit dem schwedischen Schriftsteller und Friedensaktivisten Jan Myrdal:

„Wenn es Russland jetzt nicht glücken sollte, die EU und die USA abzuschrecken und zum Rückzug zu veranlassen, wie wir mit der damals existierenden internationalen Linken (und der bitteren Erkenntnis der USA, dass Moskau auch die Atombombe hatte) es schafften, die Kriegsgefahr 1952 abzuwehren, dann sind unsere individuellen Chancen zu überleben in den nächsten Jahren sehr gering.“⁵⁸

⁵⁷ André Müller sen., Gespräche mit Hacks, a.a.O.

⁵⁸ zitiert nach <http://einarschlereth.blogspot.se/2014/03/jan-myrdal-der-konflikt-in-derukraine.html>